

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schlussfolgerungen aus dem Untersuchungsausschuss BER III: Rechnungshöfe brauchen klare Basis für Prüfung der Flughafengesellschaft

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für eine regelmäßige umfassende Prüfung der Geschäftstätigkeit der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) durch mindestens einen der Rechnungshöfe der Gesellschafter die Grundlagen zu schaffen. Eine entsprechende rechtliche Regelung soll in den Gesellschaftervertrag aufgenommen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Begründung:

Der Untersuchungsausschuss BER hat sich intensiv mit der gesellschafterseitigen Konstruktion der FBB und der Prüftätigkeit der Rechnungshöfe befasst. Dabei fiel auf, dass der Bundesrechnungshof und der Rechnungshof des Landes Brandenburg das Geschäftsgebaren der FBB nur unter dem sehr engen Blickwinkel der jeweiligen Körperschaft geprüft haben. Der Berliner Rechnungshof hat sich einer Prüfung bisher weitgehend enthalten.

Dieser Zustand ist unbefriedigend. Ein derartig problematisches Unternehmen der öffentlichen Hand, wie es die FBB durch das BER-Projekt nach wie vor ist, muss in Gänze intensiv geprüft werden und darf nicht wegen eines Kompetenzproblems ungeprüft bleiben.

Das Land Berlin ist dringend gefordert, eine Regelung mit den anderen Gesellschaftern zu finden, die eine komplette Prüfung des Unternehmens ermöglicht und generiert.

Berlin, den 30. August 2016

Pop Kapek Otto Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen